

Zahl der verurteilten Jugendlichen ist weiter rückläufig *Seite 10*Bündner stimmen zum zweiten Mal über Kohlekraft ab *Seite 10*Appenzell Ausserrhoden ist auf der Suche nach Identität *Seite 11*Norwegens Elektroautoboom – ein Vorbild für die Schweiz? *Seite 13*

Neue Kontaktbörse für Erfinder

Nationalrat unterstützt geplanten Innovationspark mit Bürgschaft und Abgabe von Bauland in Dübendorf und Neuenburg

Die grosse Kammer steht hinter dem neuen Innovationspark – mit Ausnahme der SVP. Aus Rücksicht auf die Westschweiz will sie den Park mit weiteren Mitteln alimentieren.

Christof Forster, Bern

Der geplante nationale Innovationspark ist eine schweizerische Version des Silicon Valley. Er soll Firmen und Forscher zusammenbringen. Zielgruppe sind arrivierte Unternehmen, die wegen der Nähe zur öffentlichen Forschung und einer starken privaten Forschungs- und Entwicklungsbasis in der Schweiz sind oder sich für eine längerfristige Ansiedlung interessieren. Aus dem Wissen der Forschungspartner, so die Idee, generieren sie marktreife Produkte und Dienstleistungen. Der Park besteht aus den zwei Drehkreuzen im Umfeld der beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen Zürich und Lausanne sowie den – vorerst – drei Netzwerkstandorten im Kanton Aargau, in der Region Nordwestschweiz und in Biel.

Getragen wird das Projekt von den Standortkantonen, der Wissenschaft und der Wirtschaft. Der Bundesrat hat seine Unterstützung zugesagt – in Form einer Bürgschaft von 350 Millionen Franken. Damit kann die Stiftung Innovationspark Fremdkapital zu bevorzugten Konditionen aufnehmen, um Darlehen zur Finanzierung von Infrastrukturen zu gewähren. Zudem will er für den Park Grundstücke im Besitz des Bundes im Baurecht zur Verfügung stellen. Da es mit dem Militärflugplatz Dübendorf um die wichtigste strategische Landreserve des Bundes geht, hat die Regierung den Grundsatzbeschluss dem Parlament vorgelegt.

Erfindungen in der Garage

Im Nationalrat stiess der Park auf grosses Wohlwollen. Mehrmals war in der am Montagabend und am Dienstag geführten Debatte von einem Generationenprojekt die Rede. Unsere Generation habe die Chance, mit diesem Projekt die hervorragende Innovationskraft der Schweiz für die nächsten Jahrzehnte zu festigen, sagte CVP-Nationalrätin Christine Bulliard. Laut Christian



Der in Villigen (AG) geplante Park Innovaare ist einer der Standorte des nationalen Innovationsparks.

Wasserfallen (fdp., Bern) geht es darum, den kommerziellen Erfolg von Wissen zu ermöglichen.

Gegen das Projekt sprach sich einzig die SVP aus. Deren Vertreter kritisierten eine ungesunde Vermischung von Staat und privater Wirtschaft. Innovation werde nicht durch staatlichen Befehl erzeugt, sagte Christoph Mörgeli (svp., Zürich). Microsoft, Apple oder Google seien nicht in einem Innovationspark erfunden worden, sondern in Garagen oder am Küchentisch. Mit der Abgabe von Bauland auf dem Areal des Flugplatzes Dübendorf verschenke der Bund grosszügig Land, kritisierte die SVP. Mörgelis Nichteintretensantrag lehnte der Rat klar ab. Dagegen stimmte auch ein Drittel der SVP-Fraktion.

Konzession an die Romandie

Umstritten war, ob die Einnahmen aus dem Baurechtzins der Stiftung Swiss Innovation Park zugutekommen und zugunsten von sämtlichen Standorten verwendet werden sollen. Die vorbereitende Kommission hatte diese Änderung gegenüber der bundesrätlichen Fassung mit knappem Mehr beschlossen. Die Zinseinnahmen betragen jährlich rund 10 Millionen Franken. Es gehe darum, eine «Lex Dübendorf» zu verhindern, sagte der Kommissionssprecher Fathi Derder (fdp., Waadt). Lausanne sah sich gegenüber Zürich benachteiligt, weil der Bund am Genfersee keinen Boden abzugeben hat. In diesem Sinne handelt es sich um eine Konzession an die Westschweiz.

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann warnte davor, eine Röstigraben-Diskussion zu führen. Es gehe nicht um Zürich oder Lausanne, sondern um einen Schweizer Innovationspark. Die Konkurrenten seien international. Er sprach sich gegen die neue Regelung aus, welche der Rat schliesslich mit 106 zu 83 Stimmen guthiess. SVP-Vertreter sahen darin die definitive Bestätigung, dass der Innovationspark subventioniert werde. Mörgelis Aussage, wonach die von der SVP unterstützten Landwirte nicht Subventionen, sondern Leistungsabgeltungen erhielten, sorgte für Erheiterung im Rat. In der Gesamtabstimmung hiess der Rat den Rahmenkredit und die Abgabe von Grundstücken gut. Die Vorlage geht an den Ständerat.

369 Millionen Franken für die Standortförderung 2016–2019

hus. Bern · «Standortförderung» klingt wolkig, aber doch in manchen Ohren irgendwie noch gut. Nach dem Doppelschlag für den Wirtschaftsstandort durch das Volks-Ja zur Einwanderungsinitiative und durch die ruckartige Verteuerung des Frankens infolge der Wechselkursfreigabe der Nationalbank sind selbst bei bürgerlichen Politikern gewisse Hemmungen da, gröbere Kürzungen von Fördergeldern durchzusetzen. Dies umso mehr, als ein erheblicher Teil dieser Gelder dem Tourismus zugutekommt, der besonders unter dem Frankendruck leidet und dessen Interessen namentlich in der CVP stark vertreten sind.

So kam am Dienstag das Paket des Bundesrats zur Standortförderung 2016–2019 weitgehend ungeschoren durch den Nationalrat. Die grosse Kam-

mer kürzte lediglich den Verpflichtungskredit für «E-Government-Aktivitäten» zugunsten der KMU von 177 auf 12,4 Millionen Franken. Das Gesamtpaket der gesprochenen Gelder beläuft sich somit noch auf rund 369 Millionen Franken statt wie vom Bundesrat beantragt auf gut 374 Millionen.

Bei diversen Posten fielen Anträge für Mehr- oder für Minderausgaben durch. Frankenmässig die bedeutendste Diskussion drehte sich um den Zahlungsrahmen für Schweiz Tourismus. Am Ende setzte sich der Antrag des Bundesrats auf 220 Millionen Franken deutlich durch. Gegenanträge für 210 Millionen, 240 Millionen und gar für 270 Millionen waren ebenfalls zur Debatte gestanden. Die Befürworter von Mehrausgaben verwiesen auf die Währungsprobleme des Tourismus, die Gegner er-

innerten daran, dass sich die Probleme der Branche mit zusätzlichen Geldern für Schweiz Tourismus kaum entscheidend lindern liessen. Die Verengung des finanziellen Spielraums des Bundes in jüngerer Zeit spielte ebenfalls eine wesentliche Rolle.

Auch bei der Diskussion um den Zahlungsrahmen für die Innovationsförderung im Tourismus obsiegte der Bundesrat mit seinem Vorschlag (30 Millionen Franken). Ein Antrag zur Reduktion auf 20 Millionen scheiterte knapp.

Neben dem Paket zur Standortförderung winkte der Nationalrat den Vorschlag des Bundesrats zur Öffnung des Fonds zur Regionalentwicklung mit maximal 230 Millionen Franken für 2016–2023 durch. Ein Gegenantrag zur Reduktion auf 220 Millionen Franken scheiterte mit 72 zu 117 Stimmen.